



## Anders leben

Unreinlich, gewaltbereit und sittenzerstörend: Die Kommune I löste Westberlins Schrecken in der Bundesrepublik aus. Etwas von der Ver-teufelung ist bis heute geblieben. Von Ulrike Heider

SEITEN 12/13

GEGRÜNDET 1947 · MITTWOCH, 17. JANUAR 2018 · NR. 14 · 1,60 EURO (DE), 1,80 EURO (AT), 2,30 CHF (CH) · PVST A11002 · ENTGELT BEZAHLT

WWW.JUNGEWELT.DE

### Still und leise

SPD und CDU/CSU verabschieden sich bei Sondierungen vom Klimaschutz. Die Industrie ist entzückt

3

### Geht alles

Tarifkonflikt: IG Metall ist auch bei Arbeitszeitverlängerung ganz flexibel. Von Daniel Behruzi

5

### Schluss, aus

Nach Pleite des britischen Megakon-zerns Carillion herrscht Chaos. Von Christian Bunke

6

### Bloß weg

Russland will Transithandel über bal-tische Staaten reduzieren – das kostet. Von Reinhard Lauterbach

9

# Mehr Krieg, mehr Profit

Rheinmetall verdient riesige Summen mit dem Massaker im Jemen. Konzern umgeht deutsche Exportbeschränkungen über Beteiligungen im Ausland. Von Simon Zeise



Von der saudischen Luftwaffe zerstörtes Haus in Saada, Jemen (4.1.2017)

Im Jemen wütet die Cholera. Eine Million Menschen hat sich im zerstörten Land infiziert – eine Folge des seit März 2015 geführten Angriffskrieges der von Saudi-Arabien geführten Militärallianz. Wie das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen am Dienstag mitteilte, wurden mehr als 5.000 Kinder durch den Krieg im Jemen getötet – mehr als elf Millionen seien auf humanitäre Hilfe angewiesen. Eine große Gefahr sei die Unterernährung von etwa 1,8 Millionen Minderjährigen. Das Mordwerkzeug, das solche Verhältnisse schafft, kommt auch aus der Bundesrepublik: »Eurofighter« und »Tornado«-Kampffjets, Bomben und Raketen werden in der BRD produziert und ans saudische Königshaus verkauft. Die nächste Bundesregierung will das ändern. Spitzenpolitiker von CDU, CSU und SPD haben sich in den Sondierungsvereinbarungen darauf geeinigt: »Die Bundesregierung wird

ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese am Jemen-Krieg beteiligt sind«, heißt es in der Übereinkunft. Erst am Samstag hatte der geschäftsführende Außenminister Sigmar Gabriel den geplanten Stopp von Rüstungsexporten an die im Jemen Krieg führenden Länder verteidigt. »Wir können ja auch nicht nur jeden Tag beklagen, was im Jemen passiert. Das ist die größte humanitäre Katastrophe, die wir weltweit haben«, sagte er. Ernst ist es Gabriel damit nicht. Denn deutsche Waffenschmiedem umgehen geltende Exportverbote über Tochterfirmen im Ausland. Das berichtete das ARD-Magazin »Die Story im Ersten« am Montagabend. Den Recherchen zufolge liefere die in Südafrika ansässige und zur Rheinmetall AG gehörende Firma Rheinmetall Denel Munition (RDM) Bomben und komplette Munitionsfabriken in den Nahen Osten. Zahlungskräftige Empfänger seien auch

die in der Kriegsallianz gegen den Jemen zusammengeschlossenen Länder Saudi-Arabien, Ägypten und Vereinigte Arabische Emirate. RDM verfüge über 2.000 Mitarbeiter, sei stark vom Export abhängig und verzeichne dabei ein »phänomenales Wachstum«. Der Mutterkonzern habe die Strategie ausgegeben, über das Joint Venture in Südafrika künftig eine Viertelmilliarde Euro pro Jahr einzunehmen. Rheinmetall wolle einen Teil des Stammunternehmens ausgliedern, so dass »unabhängig von deutschen Exportregulierungen« Profite erwirtschaftet werden können, erklärte der verantwortliche Redakteur des Bayerischen Rundfunks, Philipp Grüll. Bei den Deals werde auch die südafrikanische Regierung getäuscht. Während man in Pretoria die Ausfuhr von Flugzeugen, Hubschraubern oder Bomben akribisch dokumentiere, sei die Lieferung ganzer Fabriken hingegen eine »Blackbox«. Bislang habe RDM bereits

39 solcher Waffenschmiedem exportiert. Auf Sizilien unterhalte der Konzern über seine Filiale Rheinmetall Waffe Munition Italia eine Fabrik, aus der Riad seinen Nachschub für den Krieg im Jemen bezieht. »Deutschland trägt dazu bei, dass diese Konflikte außergewöhnlich blutig sind«, sagte der Waffenspezialist Andrew Feinstein der ARD. Die Chefs von Rheinmetall am Konzernsitz in Düsseldorf waren gegenüber dem Sender zu keinem Interview bereit. »Man halte sich an die Gesetze des jeweiligen Landes«, habe das Unternehmen verlautbart. Deutschen Waffenspezialisten den Riegel vorzuschieben ist Aufgabe der Bundesregierung. Aber auch die habe keine Stellung abgeben wollen. Es handele sich schließlich um Beteiligungen deutscher Konzerne an ausländischen Unternehmen. Gabriel und Co. haben eine weiße Weste, sobald deutsche Waffen im Ausland produziert werden. ■ Siehe Seite 8

## Serbischer Politiker in Kosovo ermordet

**Kosovska Mitrovica.** Der serbische Politiker Oliver Ivanovic ist am Dienstag morgen in der Stadt Kosovska Mitrovica von Unbekannten ermordet worden. Die Angreifer schossen aus einem fahrenden Auto auf den Chef der Partei »Freiheit, Demokratie, Recht« (SDP). Der 64-jährige wurde von mehreren Kugeln tödlich getroffen, jede medizinische Hilfe kam zu spät, wie regionale Medien berichteten. Ivanovic zählte zu den einflussreichsten Politikern der serbischen Minderheit in der Provinz. Offizielle in Belgrad und Pristina sowie der Europäischen Union verurteilten die Tat. Serbiens Präsident Aleksandar Vucic sprach von einem »terroristischen Akt« und forderte, serbische Ermittler an der Untersuchung des Falls zu beteiligen. Die Hintergründe des Mordes und die Täter waren bis jW-Redaktionsschluss noch unbekannt. (jW)

## 400. Demonstration gegen »Stuttgart 21«



**Stuttgart.** Zum 400. Mal versammelten sich am Montagabend Demonstranten in Stuttgart gegen das Großbauprojekt »Stuttgart 21«. Wie die Süddeutsche Zeitung (Onlineausgabe) noch am Montag berichtete, protestierten laut Veranstalter 4.000 Menschen gegen den Umbau des Stuttgarter Kopfbahnhofes. Sabine Leidig, Verkehrspolitikerin der Partei Die Linke im Bundestag, kündigte am Montag für diese Woche zwei neue Anträge ihrer Fraktion an, in denen die Offenlegung eines Gutachtens zum Baufortschritt sowie die Umsetzung des Alternativkonzepts »Umstieg 21« gefordert werden. Die erste Montagsdemonstration in Stuttgart fand am 26. Oktober 2009 statt. Im Jahr darauf ging die Polizei gewaltsam gegen Proteste im Stuttgarter Schlossgarten vor. Einzelnen Demonstranten wurden dabei schwerste Verletzungen zugefügt. Ein Mann erblindete infolge eines Wasserwerfereinsatzes. (jW)

# PLO will Anerkennung Israels »aussetzen«

Zentralrat der Palästinensischen Befreiungsorganisation reagiert auf Trumps Jerusalem-Beschluss

Der Zentralrat der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) hat sich angesichts des angekündigten Umzugs der US-Botschaft in das geteilte Jerusalem dafür ausgesprochen, von der Anerkennung des Staates Israel wieder zurückzutreten. In einer Abschlusserklärung nach einer zweitägigen Sitzung forderte das wichtige Gremium der PLO am späten Montagabend, letztere »auszusetzen«, bis die israelische Regierung ihrerseits Palästina als Staat anerkenne.

Die PLO hatte Israel bereits 1993 im Rahmen der Friedensverhandlungen von Oslo anerkannt. Allerdings nicht als jüdischen Staat, wie Ministerpräsident Benjamin Netanjahu dies fordert. Das hat der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmud Abbas, stets abgelehnt. Zwei Tage lang hatte das Gremium über eine Reaktion auf die Entscheidung Donald Trumps vom 6. Dezember vergangenen Jahres beraten. Es war zunächst unklar, ob das Votum des Zentralrats, das sich an den PLO-Exekutivrat richtet, bindend ist.

Ein früherer Beschluss des Zentralrates aus dem Jahr 2015, in dem es um die Aussetzung der Sicherheitszusammenarbeit mit Israel ging, wurde nie verwirklicht. Am Montag bekräftigte das Gremium diese Entscheidung. Abbas hatte in einer außergewöhnlich scharfen Rede am Sonntag die Anerkennung Jerusalems als Hauptstadt Israels als »Ohrfeige des Jahrhunderts« kritisiert. Trump solle sich dafür schämen, sagte er. »Unsere Hauptstadt ist Jerusalem«, unterstrich der PLO-Politiker. Abbas warf zudem

Israel vor, mit seinem Handeln die von den USA vermittelten Osloer Friedensverträge aufgekündigt zu haben. Es gebe »kein Oslo mehr«, sagte er mit Blick auf den israelischen Siedlungsbau und andere Streitfragen. Die Osloer Verträge wurden 1993 von dem damaligen PLO-Chef Jassir Arafat und dem israelischen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabin unterzeichnet. Das in Oslo ausgehandelte Papier war der erste Friedensvertrag überhaupt zwischen Israel und der PLO. Ziel war bereits damals eine »Zweistaatenlösung«. (AFP/dpa/jW)

jW wird herausgegeben von 2.084 Genossinnen und Genossen (Stand 1.12.2017)  
 www.jungewelt.de/lpg

